

Anlage 14 zu TOP 13.11.

Hallo Wolfgang,

anbei unsere Antworten zu deinem Schreiben vom 08.09.16.

Zu 1:

Wir sind alle ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagiert und für uns ist es wichtig alle Bürger gleich zu behandeln. Die rechtlichen Gesichtspunkte können wir nicht beurteilen, da der Ortsrat aus Bürgern besteht, die nicht alle in rechtswissenschaftlichen Berufen tätig sind. Das ist auch nicht die Aufgabe eines Ortsratsmitgliedes dies genau zu beurteilen.

Ungerechtigkeiten werden von jedem Ortsratsmitglied in den vorbereitenden Sitzungen und auch während der Ortsratssitzung angesprochen. Auch werden Fragen an die fachlichen Gremien der Verwaltung gestellt. Da ja auch du Mitglied des Ortsrates warst, kannst du das bestimmt bestätigen.

Zu 2:

Wir setzen uns alle dafür ein.

Zu3:

Zuerst muß ja eine unrechtmäßige Vorgehensweise erkannt werden. Wenn das erkannt worden ist, sollte zuerst die Verwaltung befragt und informiert werden, tut sich nichts, sollten Termine mit Bürgern und Verwaltung abgestimmt werden. Miteinander sachlich reden halten wir für den richtigen Weg um Differenzen auszuräumen.

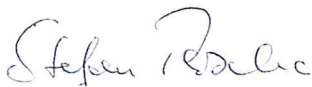
Zu 4:

Die Parteigremien akzeptieren keine Vorgehensweisen, die ungerecht sind. Wenn der Bürger auf die Parteien zugehen würde, werden unsere Parteien diese Themen gern kritisch in ihren Gremien besprechen um diesen Bürgern zu helfen.

Zu 5:

In Zukunft werden wir deine negativen Erfahrungen in unseren Vorgehensweisen bei ähnlichen Projekten berücksichtigen.

gez.
Stefan Porscha



gez.
Ferdinand Lühring

